

**A N F R A G E** von Adrian Bergmann (SVP, Meilen)

betreffend Kantonshauptstadt ausser Rand und Band?

---

Zu dieser Frage beziehungsweise Feststellung könnte man kommen, wenn man zur Kenntnis nimmt, wie die Stadtzürcher Regierung mit ihrer Politik in verschiedenen Bereichen verfährt:

- Versammlungsfreiheit / Wirtschaftsförderung:  
Vor kurzem konnte auf Grund der mangelnden Unterstützung (ablehnende Haltung des Polizeivorstandes) durch die Stadtzürcher Regierung eine WEF-Veranstaltung nicht durchgeführt werden.
- Verkehrspolitik:  
Die Verkehrsmisere ist unter anderem das Resultat einer Verhinderungspolitik beim Individualverkehr.
- Bildungspolitik:  
Das zunehmend grössere Bildungsgefälle zwischen den Volksschulen in der Stadt gegenüber den „Landschulen“ ist alarmierend und bringt weitere negative Auswirkungen zum Ausdruck.
- Ausländerpolitik:  
Mit der mangelnden Kontrolle im Migrationsbereich und mit undifferenzierten Masseneinbürgerungen, wird in der Stadt Zürich eine multikulturelle Gesellschaft weiter forciert und zementiert. Die damit zusammenhängende Abnahme der Sozialkontrolle hat gravierende Auswirkungen in allen Bereichen (Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Finanzen, usw.) unserer Gesellschaft.
- Sicherheit:  
Die Verbrechens- und Kriminalstatistik zeigt ebenfalls auf, welche Folgen sich aus dieser verfehlten Politik ergeben.
- Staatsfinanzen / Abzockerei:  
Resultierend aus der gescheiterten Politik erfolgt ein überbordender Ruf nach dem Staat, dem unter Kostenfolge immer wieder stattgegeben wird. Der zunehmend aus dem Ruder laufende Staatshaushalt, kann auch mit einer Abzockerei im Bussenwesen nicht ins Gleichgewicht gebracht werden.
- etc.

Interessant ist, dass eine 1. Mai-Demo mit dem Argument der Versammlungsfreiheit bewilligt wird. Mit der Ablehnung von WEF-Veranstaltungen wird aber eben diese Versammlungsfreiheit torpediert.

Zürich nivelliert sich in manchen Bereichen auf ein zunehmend tieferes Niveau. Die Stadt sendet mit ihrem Verhalten Signale aus, die nicht nur seinen Einwohnern sondern auch dem Kanton und der Schweiz schaden.

Die Stadt Zürich verheddert sich zunehmend in den selbst verursachten Auswirkungen und bekämpft die Folgen anstatt die Ursachen. Sie scheint nicht mehr fähig zu sein, die Weichen für einen erfolgreichen, sicheren und stabilen Wirtschaftsstandort richtig zu stellen.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an:

1. Wie lange er noch bereit ist, dieser gescheiterten Politik tatenlos zuzusehen. Einer Politik welche die Versammlungsfreiheit brüskiert, die Sicherheit gefährdet, den Finanzausgleich zunehmend strapaziert und den eigenen Standort zu Lasten der eigenen, der kantonalen und der schweizerischen Bevölkerung verschlechtert und strapaziert?
2. Akzeptiert der Regierungsrat die Haltung der Stadtzürcher Regierung, dass keine WEF-Veranstaltungen in Zürich durchgeführt werden können?

Adrian Bergmann